

Übersicht

über die vom Kreisausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 38. Sitzung am 10.02.2014 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 37. Sitzung des Kreisausschusses am 20.01.2014	Anerkannt	
1.1.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.02.2014: Sanierung der Nordbrücke in der Stadt Bonn	416/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 8
2.	Neuwahl eines Beisitzers/einer Beisitzerin des Wahlausschusses für die Kommunalwahlen im Jahre 2014 sowie eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin gem. § 2 Abs. 3 S. 1 Kommunalwahlgesetz (KWahlG)	417/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
3.	Anpassung des ÖPNV-Angebotes Rhein-Sieg-Kreis/Bonn - Buslinien SB 55 und 551 -	418/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 9
4.	Landesentwicklungsplan (LEP); Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises im Verfahren zur Neuauflistung des LEP	419/14 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
5.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 13.12.2013	Kenntnisnahme	
6.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 16.01.2014	Kenntnisnahme	
7.	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW	420/14 Verweis in SozA	einstimmig, Seite 11
8.	Mitteilungen und Anfragen	Kenntnisnahme	
	Nichtöffentlicher Teil		
9.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 16.01.2014	Kenntnisnahme	
10.	Mitteilungen und Anfragen	Kenntnisnahme	

Folgende Beschlussempfehlungen fallen in die Zuständigkeit des Kreistages:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
2.	Neuwahl eines Beisitzers/einer Beisitzerin des Wahlausschusses für die Kommunalwahlen im Jahre 2014 sowie eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin gem. § 2 Abs. 3 S. 1 Kommunalwahlgesetz (KWahlG)	417/14 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8

Niederschrift

über die in der 38. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 10.02.2014 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 16:50 Uhr
Ort der Sitzung: B 1.12
Datum der Einladung: 31.01.2014
Einladungsnachtrag vom: 06.02.2014

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender
 Herr Frithjof Kühn

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Rolf Bausch
 Frau Brigitte Donie
 Herr Michael Donix i. V. der Abg. Renate Mersch
 Frau Heidi Rackwitz-Zimmermann
 Herr Josef Schäferhoff
 Herr Sebastian Schuster
 Herr Michael Solf

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Ute Krupp
 Herr Udo Scharnhorst
 Herr Jürgen Schulz i. V. des Abg. Sebastian Hartmann
 Herr Achim Tüttenberg

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Gabi Deussen-Dopstadt
 Herr Ingo Steiner ab 16:10 Uhr

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty
 Herr Klaus-Peter Smielick

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Lehmann

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordneter SPD

Herr Sebastian Hartmann

Kreistagsabgeordnete fraktionslos

Frau Renate Mersch

38. Sitzung des Kreisausschusses am 10.02.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Vertreter/innen der Verwaltung:

KD'in Heinze

Ltd. KVD Carl

Ltd. KVD Jaeger

Ltd. KVD'in Udelhoven

Dezernent Wagner

Ltd. KVD Siegberg

VA Dr. Sarikaya

KBOR'in Strüwe

Pressereferentin Lorenz

VA Boomgaren (Kreistagsbüro)

VA Rellecke (Kreistagsbüro)

KVR Herkenrath – Schriftführer

Gäste: ---

38. Sitzung des Kreisausschusses am 10.02.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Landrat eröffnete die 38. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßte die Anwesenden. Er verwies auf die Einladung vom 31.01.2014 sowie den Nachtrag und die Nachsendung vom 06.02.2014 und stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist.

Er fragte, ob es Wünsche zur Tagesordnung gebe. Dies war nicht der Fall.

1	Niederschrift über die 37. Sitzung des Kreisausschusses am 20.01.2014	
---	---	--

Einwendungen wurden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

1.1	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.02.2014: Sanierung der Nordbrücke in der Stadt Bonn	
-----	--	--

Der Landrat teilte mit, man sei von Meldungen überrascht worden, wonach bei der Sanierung der Bonner Nordbrücke in den Sommerferien diesen Jahres entgegen der ursprünglich möglich erscheinenden Planung, zwei Fahrstreifen in jede Richtung zu erhalten, nun aufgrund von Einwänden der Autobahnpolizei nur noch ein Fahrstreifen in jede Richtung eingerichtet werden solle.

Abg. Schuster dankte, dass dieser Antrag aufgrund der Aktualität noch auf die Tagesordnung genommen werden konnte. Er denke, dies diene auch dem Interesse der Information der Öffentlichkeit.

Ltd. KVD Siegberg führte aus, am vergangenen Freitag sei die Entscheidung verkündet worden, dass anstatt der erhofften 4:0-Verkehrsführung eine sogenannte 2:0-Verkehrsführung - also nur eine Fahrspur je Fahrtrichtung - durch den Landesbetrieb Straßenbau und die Autobahnpolizei befürwortet und somit auch von der Bezirksregierung angeordnet worden sei. Der Pressekonferenz am vergangenen Freitag habe als Begründung entnommen werden können, dass die Autobahnpolizei nicht in der Lage sei, das Durchfahrtsverbot, was mit der 4:0-Verkehrsführung unabdingbar verbunden wäre, rund um die Uhr zu kontrollieren. Die Polizei habe die Standsicherheit der Brücke nicht garantieren können, da es sich hier nicht nur um Schweißarbeiten, wie bei der Leverkusener Brücke, handele. Hierdurch werde es in der Region zu erheblichen Staus kommen. So wird sich der Verkehr von täglich 106.000 Fahrzeugen von der Nordbrücke ins nach geordnete Straßennetz verlagern und zu erheblichen Rückstaus führen. Nach vorliegenden Berechnungen einer Ingenieurgesellschaft für das Stadtgebiet Bonn werde sich die Kapazität der A 565 bei der 2:0-Verkehrsführung von 9.100 Fahrzeugen stündlich in beiden Fahrtrichtungen um 5.000 Fahrzeuge minimieren. Davon werden 2.800 Fahrzeuge auf die A 562, also die Südbrücke, und 2.200 Fahrzeuge auf die Kennedybrücke ausweichen. Die Kapazitätsgrenze aller Straßen im Rhein-Sieg-Kreis und im Stadtgebiet Bonn sei nach den Berechnungen damit überschritten. Hinzu komme hier noch ein erheblicher Anteil an Schwerlastverkehr, der sich auch seine Fahrtrichtung suchen werde. Das Ingenieurbüro habe zur Kapazitätsgrenze (Tagesganglinie) auf der A 565 bei einer einspurigen Verkehrsführung ausgerechnet, dass über eine Fahrspur, wenn alles

optimal laufe, rund 1.800 Fahrzeuge pro Stunde abgewickelt werden könnten. Hier habe man aber wesentlich mehr Fahrzeuge, nämlich in der Spitze 5.000 bis 6.000 Fahrzeuge pro Stunde. Somit werde man an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 10.30/11.00 Uhr bis 21.00 Uhr, an Urlaubssamstagen in der Zeit von 09.00 bis 21.00 Uhr und an Urlaubswerktagen in der Zeit von 05.00/06.00 Uhr bis abends 21.00/22.00 Uhr im Stau stehen. Es werde also in der Zeit zu erheblichen Problemen im Straßenverkehrsnetz kommen.

Nach seinen Berechnungen werden sich vormittags bis zu 3.800 Fahrzeuge aufstellen, was bei einer durchschnittlichen Aufstellfläche je Fahrzeug von 7 m insgesamt 26.000 m ergebe, ausgerechnet auf 2 Fahrspuren immer noch 13.000 m. Also habe man einen Rückstau von 13 km von der Nordbrücke bis weit auf die A 59. Viel Verkehr werde sich zudem auf das nach geordnete Straßennetz verlagern, also auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Es werde aber nicht möglich sein, den kompletten Verkehr hierüber abzuwickeln, weil dies entweder am „Nadelöhr Kennedybrücke“ oder am „Nadelöhr Südbrücke/Reuterstraße“ dann zu großen Rückstaus führen werde. Dieses Problem sei nicht in den Griff zu bekommen.

Man könne nur versuchen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den Hauptverkehr zu minimieren. Hier seien aber nur Appelle möglich. So könne man nur dafür werben, Fahrgemeinschaften zu bilden und unnütze Fahrten einzustellen, wo möglich aufs Fahrrad umzusteigen, Videokonferenzen durchzuführen, Telearbeitsplätze anzubieten und sich schon im Vorhinein über Alternativen Gedanken zu machen. Man werde demnächst beim Straßenverkehrsamt mit ca. 130.000 Besuchern im Jahr eine Werbeaktion starten und Info-Flyer über Alternativen zur Verkehrsführung verteilen. Dies alles sei aber nur ein „Tropfen auf den heißen Stein.“ Die Region werde im Sommer dieses Jahres zu leiden haben.

Abg. Schuster kritisierte, dass seitens des Landes nun so getan werde, als käme dies alles ganz überraschend. Diese Entwicklung und die auftretenden Probleme seien bereits seit Monaten, wenn nicht Jahren, bekannt. Und nun damit zu argumentieren, die Polizei sehe sich plötzlich außer Stande, dies zu kontrollieren, oder man könne einem Fahrzeug nicht ansehen, ob es 3,5 oder mehr Tonnen habe und die LKW-Fahrer hielten sich nicht an Vorgaben, das halte er schon für sehr fragwürdig. Das Land habe zudem mit der Leverkusener Brücke bereits einschlägige Erfahrungen sammeln können, wie man mit dem Schwerlastverkehr umgehen und das kontrollieren müsse. Deshalb halte man dies für eine schwache und nicht sonderlich überzeugende Argumentation. Seine Fraktion schlage daher gemeinsam mit ihrem Partner vor, den Landrat zu bitten und zu beauftragen, noch einmal beim Landesverkehrsminister vorstellig zu werden und zu versuchen, diese Situation vom Landesverkehrsministerium her zu verbessern und uns zu unterstützen.

Abg. Steiner schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an und unterstützte einen solchen Antrag. Als Vorsitzender des Planungsausschusses habe man sich bereits vor drei Jahren mit dem Bonner Kollegen Rolf Beu die Mühe gemacht, dies intensiv zu beraten und vorzubereiten, weil man genau diese Problematik habe sehen können. Man habe zahlreiche Bitten und Forderungen an den Landesbetrieb gestellt. Es sei aber schockierend, wenn man morgens im Radio vom Bonner Oberbürgermeister höre, dass man sich frühzeitig darum gekümmert habe. Zwei Planungsausschüsse und eine Verwaltung hätten intensiv an einem Strang gezogen. Die Bonner Verwaltung sei aber meistens die gewesen, die alles ausgebremst habe. Dies müsse hier auch mal gesagt werden. Am meisten störe ihn aber die Tatsache, dass das Verkehrsministerium es bis heute nicht für erforderlich halte, eine Simulati-

on der Verkehrssituation auf der Nordbrücke bei einer 4:0- bzw. 2:0-Lösung durchzuführen, mit der Begründung, dies bringe keine weiteren Erkenntnisse. Diese Erkenntnisse fehlten nun und ihn schockiere, dass man dies lieber live an den Menschen ausprobieren wolle. Er sei durchaus der Ansicht, dass man den Lkw-Verkehr großräumig schon ab Köln umleiten könne. Beim Pkw-Verkehr werde das schwierig, weil er aus der Region komme. Außerdem störe ihn massiv, wenn die Polizei laut der Presse öffentlich sage, man könne das nicht machen, weil man die LKW-Fahrer nicht kontrollieren könne. Er frage sich, was das für ein Signal an die Bürger sei, dass man sich an Verbote nicht halten müsse. Hier müsse man Lösungen für die Region finden und vor allen Dingen akzeptieren, dass man für diese Zeit auch mehr Kräfte brauche. Das Land müsse bereit sein, Personal bei der Polizei zur Verfügung zu stellen. Es könne nicht sein, dass man hier einfach kapituliere, weil sich Lkw-Fahrer nicht an Recht und Gesetz halten. Die Diskussion nach dem Motto „Wir können nicht unterscheiden, ob ein Lkw 3,5 oder 4,5 Tonnen hat,“ halte er im Übrigen für vorgeschoben. Darum gehe es gar nicht. Es sei vielmehr die Frage, ob es sich um einen kleinen oder großen Lkw handele: 7,5-, 16- oder 32 Tonner könne jedes Kind unterscheiden von einem kleinen Lkw. Und dies könne man durchaus auch kontrollieren, wenn man es denn möchte. Er glaube, Tatsache sei, dass man es einfach nicht wolle, weil man den einfachen Weg gehen wolle. Man müsse nun alle Möglichkeiten ergreifen, dies zu verhindern. Das Verkehrsministerium müsse hier unbedingt den Landesbetrieb Straßenbau anweisen, eine Verkehrssimulation durchzuführen, so wie in Düren bei einer kleinen Maßnahme erfolgt. Dies führe mit Sicherheit zu Erkenntnissen, die man verwerten könne.

Abg. Krupp wies darauf hin, dass man im Planungs- und Verkehrsausschuss bereits seit Jahren über dieses Thema diskutiere. Man sei sich einig, dass diese Kehrtwende in so kurzer Zeit niemanden erfreuen könne. Sie gehe davon aus, dass die Verwaltung hier gemeinsam mit den Bonnern vorstellig werde, um zu versuchen, hier „auf breiter Front“ noch etwas zu ändern. Niemandem könne daran gelegen sein, dass es hier in der Region zu diesem Kollaps komme. Sie hoffe, dass noch Bewegung möglich sei.

Abg. Bausch verwies auf die Ausführungen von Herrn Korte vom Landesbetrieb Straßenbau im Zuge einer gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreis, wonach hier durchaus unterschiedliche Möglichkeiten aus der Sicht des Landesbetriebs in Betracht kämen. Es könne aber nicht sein, dass sich hier praktisch „über Nacht“ etwas Wesentliches an der Fach- und Sachlage des letzten Jahres geändert habe. Danach sei das Land bei entsprechender polizeilicher Präsenz in der Lage gewesen, diese Kontrollen durchzuführen und die 4:0-Regelung zu realisieren, es sei denn, man habe nicht genügend Polizeibeamte für diesen Zeitraum von wenigen Wochen zur Verfügung. Offensichtlich wolle man also diese Lösung nicht, was man in der Region so nicht hinnehmen könne. Deshalb müsse möglichst im regionalen Einvernehmen die große Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht werden, dass man so mit der Region verfare. Es sei hier versäumt worden, eine Verkehrssimulation durchzuführen, wofür man kein Verständnis habe. Im Falle Düren habe man eine solche durchgeführt, obwohl es hier um einen weitaus geringeren finanziellen Aufwand gegangen sei. Mit einer Verkehrssimulation käme man hier wahrscheinlich zu einem anderen Ergebnis. Er habe die Sorge, dass es ab dem 01.01.2015 - wenn die umfassende Sanierung der Nordbrücke für einen Zeitraum von vier Jahren anstehe – genauso laufen solle. Deshalb müsse man hier möglichst gemeinsam mit der Stadt Bonn in aller Deutlichkeit seinen Unmut äußern.

38. Sitzung des Kreisausschusses am 10.02.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
416/14

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, sich gemeinsam mit der Stadt Bonn an den zuständigen Landesverkehrs- und Landesinnenminister zu wenden und auf die für die Region sich ergebende untragbare Verkehrssituation hinzuweisen und zu fordern, doch noch die 4:0-Lösung sowie die erforderlichen Kontrollen durch die Autobahnpolizei mit dem entsprechenden Personal zu ermöglichen. Zudem solle eine Verkehrssimulation durchgeführt werden, um sich auf die Situation besser vorbereiten zu können. Die Landtagsabgeordneten aus der Region werden gebeten, unterstützend tätig zu werden.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Ltd. KVD Sieberg verwies zudem auf den nunmehr vorliegenden, aktuellen Plan des Landesbetriebes Straßenbau zu den geplanten und erforderlichen Maßnahmen im Straßenverkehrsnetz in den nächsten Jahren, den er sodann auch näher erläuterte. Der aktuelle Plan des Landesbetriebs Straßenbau werde der Niederschrift beigelegt.

Anmerkung des Schriftführers: Der aktuelle Plan des Landesbetriebes Straßenbau über die in den nächsten Jahren im Straßenverkehrsnetz anstehenden Maßnahmen ist der Niederschrift **als Anlage 1** beigelegt.

2	Neuwahl eines Beisitzers/einer Beisitzerin des Wahlausschusses für die Kommunalwahlen im Jahre 2014 sowie eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin gem. § 2 Abs. 3 S. 1 Kommunalwahlgesetz (KWahlG)	
---	---	--

Abg. Donie schlug seitens der CDU-Kreistagsfraktion Frau Brigitte Donie für die Wahl zur Beisitzerin sowie Frau Renate Becker-Steinhauer für die Wahl zu deren persönlichen Stellvertreterin vor.

B.-Nr.
417/14

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachstehenden Beschluss zu fassen:

Für den Beisitzer des Wahlausschusses für die Kommunalwahl im Jahre 2014, Herrn Sebastian Schuster (CDU), wird

- als neue Beisitzerin **Frau Brigitte Donie**
 - und als Stellvertreterin **Frau Renate Becker-Steinhauer**
- gewählt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

3	Anpassung des ÖPNV-Angebotes Rhein-Sieg-Kreis/Bonn - Buslinien SB 55 und 551 -	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Planungs- und Verkehrsausschusses in seiner Sitzung am 22.01.2014.

38. Sitzung des Kreisausschusses am 10.02.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss beschließt die Umsetzung der Angebotsausweitungen auf
418/14** **den Linien SB 55 und 551.**

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

4	Landesentwicklungsplan (LEP); Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises im Verfahren zur Neu- aufstellung des LEP	
---	--	--

Der Landrat wies darauf hin, dass man im Zuge der Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014 vereinbart habe, über einige wenige noch offene Punkte der Stellungnahme im Rahmen einer interfraktionellen Abstimmung am 03.02.2014 möglichst Einvernehmen zu erzielen und insoweit noch keine Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss auszusprechen. Im Übrigen habe der Planungs- und Verkehrsausschuss einstimmig beschlossen, die Entscheidung in die heutige Sitzung des Kreisausschusses zu vertagen. Anlässlich der interfraktionellen Abstimmung am 03.02.2014 habe zu allen thematisierten Inhalten Einvernehmen erzielt werden können, mit Ausnahme der Themen „Schutz vor Fluglärm Köln/Bonn (Ziel 8.1-7)“ und „Nutscheid (Ziel 7.2-2).“ Die Verwaltung habe in der Vorlage empfohlen, beide Themen nicht weiter zu vertiefen, um hier die einvernehmliche Beschlussfassung nicht in Frage zu stellen.

Abg. Smielick merkte an, niemand im Kreisausschuss werde Bedenken dagegen erheben, dass der 1995 beschlossene LEP nun dringend fortgeschrieben werden müsse. Bei dieser Gelegenheit danke er auch der Kreisverwaltung für die vorgelegte, umfangreiche Stellungnahme. Man habe nicht allen, aber den meisten Punkten zustimmen können. So gebe es folgende, erhebliche Bedenken zu dem vorgelegten Entwurf: Auf der einen Seite sei man sich einig in dem Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren, auf der anderen Seite sollte man dabei aber nicht über das Ziel hinaus schießen und die kommunale Planungshoheit aushöhlen, wie man das an vielen Stellen erlebe. Es sei auch nicht hilfreich, wenn man mit nicht definierten Begriffen versuche, die Dinge noch schwieriger zu gestalten. Gerade der Rhein-Sieg-Kreis mit seinen zahlreichen Gemeinden und kleinen Orten habe es da schwer genug. Deswegen könne er nur begrüßen, dass man dies in der Stellungnahme nochmals zum Ausdruck bringe. Er denke, man könne dem Kompromiss nun zustimmen, denn es sei letztlich auch in unserem Sinne, dass der LEP nicht dies alles mit aufnehmen müsse, sondern es sollte möglichst viel der Region und auch den Kommunen vorbehalten bleiben. Ein wesentliches Kriterium sei, dass die planerische Flexibilisierung auch tatsächlich ermöglicht werde und es den Kommunen nicht noch schwerer gemacht werde.

Auch Abg. Schuster dankte der Verwaltung. Von ganz entscheidender Bedeutung sei, hier als Region einheitlich aufzutreten. Ansonsten werden man in Düsseldorf oder Berlin entgegen gehalten bekommen, dass man sich doch erst einmal in der Region einig werden solle. Seiner Fraktion sei es daher eine möglichst einvernehmliche Verabschiedung wichtig. Wenn nun diese zwei Punkte hier außen vor blieben, so könne man damit leben. Man kenne die Beschlusslage aus 2006 zum Nachtflugverbot auf dem Flughafen Köln/Bonn und habe auch die Resolutionen in der Folgezeit in Erinnerung, die sich aber im Wesentlichen auf das Nachtflugverbot bei Passagierflügen bezogen. Insoweit habe man sich von der Verwaltung überzeugen lassen, dass es nicht Aufgabe dieses LEP bzw. der Stellungnahmen sein müsse, dies hier erneut zu thematisieren. Deshalb könne man zustimmen, diese beiden Punkte hier außen vor zu lassen.

38. Sitzung des Kreisausschusses am 10.02.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Krupp lobte das transparente Verfahren mit Verweisung an die Arbeitsgruppe und den Ablauf in der vergangenen Woche. Dies sei gut kommuniziert worden und man habe es auch gut mit den eigenen Kollegen abstimmen können. Nun könne man hier auch zu einem einheitlichen Votum kommen.

Herr Steiner merkte an, man habe in seiner Fraktion bis zum Schluss an einem Kompromiss gearbeitet, da man einem einstimmigen Beschluss dieser Stellungnahme zum LEP nicht entgegenstehen wollte, zumal Einstimmigkeit vorteilhaft für unsere Interessen sei. Dennoch bedürfe die Stellungnahme aus der Sicht seiner Fraktion einer Ergänzung, welche man im Rahmen einer Protokollnotiz der Stellungnahme beifügen möge. Insbesondere gehe es darum, dass der Rhein-Sieg-Kreis die Angemessenheit der Ausweisung des Flughafens Köln/Bonn als landesbedeutsamer Flughafen, der bedarfsgerecht weiter zu entwickeln sei, anerkenne. Jedoch bedeuteten insbesondere die am Flughafen Köln/Bonn verorteten und evtl. hinzukommenden Funktionen in Kombination mit einer Nachtflugerlaubnis eine erhebliche Beeinträchtigung für die Bevölkerung im Umfeld. Die dazu im LEP-Entwurf enthaltenen Aussagen seien nicht ausreichend. Seine Fraktion fordere deshalb die Aufnahme eines Nachtflugverbotes am Flughafen Köln/Bonn in den LEP, das sich für ein Passagier-nachtflugverbot und eine Kernruhezeit im gesamten Flugverkehr ausspreche. Die bisher getroffenen Beschlüsse des Kreistages vom 30.03.2006, 14.09.2007 und 13.10.2011 seien uneingeschränkt gültig. Dies würde man der Stellungnahme als Protokollnotiz der GRÜNEN-Fraktion beifügen wollen und im Übrigen der Stellungnahme dann so zustimmen. Denn es gebe eine rechtliche Fragestellung, inwieweit der LEP für diese Themen zuständig sei, die in der Kürze der Zeit nicht endgültig zu eruieren gewesen sei. Deshalb diese Protokollnotiz.

Der Landrat stellte fest, dass die GRÜNE-Fraktion auf die bestehende Beschlusslage des Kreistages verweise. Diese werde von der Stellungnahme zum LEP ja nicht angetastet. Da in der Stellungnahme zum LEP dies aber konkret nicht auftauche, sei es der GRÜNEN-Fraktion unbenommen, auf die bestehende Beschlusslage des Kreistages hinzuweisen. Insoweit sehe er keine Bedenken gegen eine solche Protokollnotiz.

Abg. Lehmann schloss sich namens seiner Gruppe den Ausführungen des Abg. Steiner ausdrücklich an.

B.-Nr.
418/14

Der Kreisausschuss beschließt und beauftragt die Verwaltung, die im Entwurf als Anhang beigefügte Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplans abzugeben.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Anmerkung des Schriftführers: Die Protokollnotiz der GRÜNE-Kreistagsfraktion ist der Niederschrift **als Anlage 2** beigefügt.

5	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 13.12.2013	
---	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

6	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 16.01.2014	
---	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

38. Sitzung des Kreisausschusses am 10.02.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

7	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW	
---	--	--

B.-Nr. **Der Kreisausschuss verweist die Anregung/Beschwerde gemäß § 21 KrO NRW**
419/14 **der Interessengemeinschaft „Auf dem Vogelsang“, Herr Norbert Lang, vom**
27.01.2014 zur Unterstützung für „Frauen helfen Frauen Troisdorf / Much e. V.“
zur weiteren Beratung in den Ausschuss für soziale Angelegenheiten und so-
ziale Beschäftigungsförderung.

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

8	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

8.1 Der Landrat nahm Bezug auf den einstimmigen Beschluss des Kreisausschusses vom 20.01.2014, die Verwaltung zu beauftragen, die Errichtung eines „Beruflichen Gymnasiums für Gesundheit“ am Georg-Kerschensteiner-Berufskolleg des Rhein-Sieg-Kreises in Troisdorf zum Schuljahr 2014/2015 im Rahmen eines Schulversuchs des Landes Nordrhein-Westfalen über die Bezirksregierung Köln beim Ministerium für Schule und Weiterbildung zu beantragen. Nunmehr habe die Bezirksregierung in Köln als Obere Schulaufsichtsbehörde mündlich mitgeteilt, dass das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW den Antrag genehmigt habe. Auch einem Antrag der Stadt Bonn, ein berufliches Gymnasium Gesundheit am Robert-Wetzlar-Berufskolleg zu errichten, sei entsprochen worden.

8.2 Abg. Schuster nahm Bezug auf die Berichterstattung und die Diskussionen zum Erhalt des Krankenhauses in Eitorf. Er schlage vor, hierzu eine interfraktionelle Resolution an das Land Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten, da der Erhalt des Standortes Eitorf sowohl für die Gemeinde als auch überregional für den Rhein-Sieg-Kreis von großer Bedeutung sei. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass das Land hier rechtliche Möglichkeiten zur Hilfe habe. Er überreiche daher dem Landrat heute einen entsprechenden Resolutionsentwurf mit der Bitte, diesen zur Abstimmung an die Kreistagsfraktionen weiterzuleiten. Da auch eine gewisse Eilbedürftigkeit bestehe, rege er zudem an, diese Resolution möglichst noch im Februar 2014 im Umlaufverfahren zu verabschieden, mit anschließender Genehmigung durch den Kreistag.

Abg. Deussen-Dopstadt unterstütze diesen Vorschlag. Die Thematik sei auch bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung beraten worden. Hier sei darauf hingewiesen worden, dass es zumindest am Rande auch eine Zuständigkeit des Landschaftsverbandes Rheinland gebe, weil das Krankenhaus Eitorf als Standort für Kinder- und Jugendpsychiatrie zum Ausbau vorgesehen sei. An dieser Entwicklungsabsicht, den Standort mit dieser Fachrichtung zu stärken, könne man ansetzen. Auch habe man im Ausschuss angedeutet, dies mit der allgemeinen Krankenhausplanung, die nun für 2015 neu aufgelegt werde, abzugleichen und unter dem Schwerpunkt „Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum“ zu betrachten. Dies sollte in der Resolution auch Berücksichtigung finden. Man sei hier auch auf die Unterstützung aller Landtagsabgeordneten angewiesen und werde nur Gehör finden, wenn man sich über die Fraktionsgrenzen hinweg hierfür stark mache.

Der Landrat dankte der Abg. Deussen-Dopstadt für den wichtigen Hinweis. Er werde mit dem Fachbereich abstimmen, dass dies Eingang in den Resolutionstext finde.

38. Sitzung des Kreisausschusses am 10.02.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

- 8.3 Der Landrat wies ausdrücklich auf den Prinzenempfang des Rhein-Sieg-Kreises am Mittwoch, dem 26.02.2014, als wichtiges gesellschaftliches Ereignis hin und bat um rege Teilnahme der Kreistagsabgeordneten als Mitgastgeber der zahlreichen Toltäten und Karnevalisten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Ende des öffentlichen Teils